



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

34. Sitzung (öffentlich)

31. Oktober 2018

Düsseldorf – Haus des Landtags

14:30 Uhr bis 16:00 Uhr

Vorsitz: Heike Gebhard (SPD)

Protokoll: Marion Schmieder

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019)	6
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/3300	
Einzelplan 11 Vorlage 17/1088 (Erläuterungsband)	
Ergebnisvermerk zum Berichterstattegespräch Vorlage 17/1256	
Antworten zum Fragenkatalog der Fraktion der SPD Vorlage 17/1243	

Antworten zum Fragenkatalog
der Fraktion der AfD
Vorlage 17/1278

- 2 Produktionsschulen nicht im Aktionismus zerschlagen, sondern sorgfältig auswerten und passgenau weiterentwickeln – Berufliche Perspektiven für besonders benachteiligte junge Menschen bis 25 Jahren sicherstellen** **14**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/1984

Der Antrag Drucksache 17/1984 wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

- 3 Entwurf einer Sechsten Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung des Alten- und Pflegegesetzes Nordrhein-Westfalen und nach § 8a SGB XI** **15**

Drucksache 17/3744
Vorlage 17/1125

Der Ausschuss ist zum Verordnungsentwurf gehört worden.

- 4 Entwurf einer Fünften Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Zuständigkeiten nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) und die Angelegenheiten der Berufsbildung im Rahmen der Handwerksordnung (HwO) sowie die Zuständigkeiten nach dem Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz (BQFG) (s. Anlage)** **16**

Drucksache 17/3851
Vorlage 17/1195

Der Ausschuss ist zum Verordnungsentwurf gehört worden.

- 5 Landesförderplan 2018 – 2023
Gelegenheit zur Stellungnahme gemäß Alten- und Pflegegesetz** **17**

Vorlage 17/1206

- 6 Konsultation der Monitoring-Stelle der UN-BRK in NRW zur Weiterentwicklung der Inklusion unmittelbar in der parlamentarischen Arbeit nutzen** **19**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/2388

Der Ausschuss beschließt, auf ein Votum zu verzichten.

- 7 Istanbul-Konvention konsequent umsetzen – Mädchen und Frauen vor Gewalt schützen** **20**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/2546 (Neudruck)

Der Ausschuss beschließt, auf ein Votum zu verzichten.

- 8 NRW fordert zusätzliche Maßnahmen zur Tabakprävention und den Passivraucherschutz von minderjährigen Kindern in Autos** **21**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/2555

Der Ausschuss beschließt, den Tagesordnungspunkt zu schieben.

- 9 Die Landesregierung muss die Integration von geflüchteten Menschen in den Arbeitsmarkt vorantreiben!** **22**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/3011

- 10 Leistungen deutschstämmiger Zugewanderter, der Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler wertschätzen – unsere und ihre Geschichte lebendig halten** **23**

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/3526

Der Ausschuss beschließt, auf ein Votum zu verzichten.

11 Zweites Gesetz zur Änderung des Landesaltenpflegegesetzes 24

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3557

Der Ausschuss beschließt einstimmig den Gesetzentwurf 17/3557.

12 Gesetz zur Umsetzung der Pflegeberufereform in Nordrhein-Westfalen 25

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3775

Der Ausschuss verständigt sich darauf, eine Anhörung durchzuführen. Diese soll möglichst zügig stattfinden. Einzelheiten werden im Rahmen einer Obleuterunde abgestimmt.

13 Gesetz zur Änderung des Wohn- und Teilhabegesetzes 26

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3777

* * *

12 Gesetz zur Umsetzung der Pflegeberufereform in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3775

Peter Preuß (CDU) spricht sich für eine sofortige Abstimmung aus. Mit Blick auf die Vorlage könne klargestellt werden, welche Verordnungen bzw. Ermächtigungen noch zu erwarten stünden. Damit erübrige sich möglicherweise die Notwendigkeit einer Anhörung.

Vorsitzende Heike Gebhard teilt mit, dass – anders als im Gesetzentwurf ausgewiesen – jetzt die Ausbildungs-, Prüfungs- und Finanzierungsordnungen des Bundes vorlägen. Es wäre interessant, auch diese vor einer Abstimmung mit einzubeziehen. Die Beratung des Gesetzentwurfs solle in zeitlicher Hinsicht so erfolgen, dass die letzte Plenarrunde in 2019 erreicht werden könne. Die Einzelheiten einer Anhörung könnten im Rahmen einer Obleuterunde geklärt werden.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) besteht auf einer Anhörung.

Der Ausschuss verständigt sich darauf, eine Anhörung durchzuführen. Diese soll möglichst zügig stattfinden. Einzelheiten werden im Rahmen einer Obleuterunde abgestimmt.

